

Frau Decking erläuterte anhand einer kurzen Präsentation, wie die RSAG derzeit für den REK arbeite. Dieses aufgrund rechtlicher Vorgaben bestehende, äußerst umständliche Konstrukt solle nun in Abstimmung mit der Kommunalaufsicht optimiert und dadurch effektiver werden. Hierfür sei sowohl eine mandatierende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen REK und Rhein-Sieg-Kreis als auch eine Änderung der Unternehmenssatzung der RSAG AöR erforderlich. Innerhalb des damit festgelegten rechtlichen Rahmens könne die RSAG AöR nunmehr ein direktes Vertragsverhältnis mit dem REK eingehen.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann als Bestandteil der digitalen Niederschrift im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

Auf Nachfrage des SkB Schön erklärte Frau Decking, dass die Bezirksregierung eine direkte vertragliche Verbindung zwischen REK und RSAG AöR seinerzeit lediglich aus formaljuristischen Gründen abgelehnt habe.

Auf Nachfrage des Abg. Schmitz bekräftigte Frau Decking, dass von der Kommunalaufsicht die schriftliche Bestätigung der Rechtssicherheit der vorgetragenen Lösung vorliege. Auf den Kreis werde dies keine Auswirkungen haben, weil zwischen dem Zweckverband REK und der RSAG AöR unmittelbar Verträge abgeschlossen und abgerechnet würden. Dadurch würden die doppelten Buchungen, wie sie bisher hätten durchgeführt werden müssen, künftig vermieden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Vorsitzender Abg. Dr. Griese verlas den Beschlussvorschlag und rief sodann zur Abstimmung auf.